

## **Antrag**<sup>\*)</sup>

der Fraktionen der FDP, SPD und CDU

### **Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar – Linie S 1 – von Kaiserslautern über Homburg/Saar nach Zweibrücken**

#### I. Der Landtag stellt fest:

„Eine Region kommt ins Rollen“ ließ der S-Bahn-Betreiber DB AG bezüglich der positiven Auswirkungen der Bahn im Rhein-Neckar-Raum zur Eröffnung des neuen Verkehrsangebots verlautbaren. Schon die Inbetriebnahme der ersten S-Bahn-Stufe von Kaiserslautern nach Osterburken und von Speyer nach Karlsruhe, jeweils über Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg, ließ das Umland näher an die genannten Oberzentren heranrücken. Seither lösten die S-Bahn-Verbindungen immer mehr Impulse in der Fläche aus und waren auch ein maßgeblicher Faktor für die Anerkennung des Ballungsraums Rhein-Neckar zur Metropolregion.

In der 1. Stufe des Projekts S-Bahn Rhein-Neckar waren es 240 km Streckenlänge auf vier Linien, 61 modernisierte und behindertengerechte Bahnhöfe und Haltepunkte, sechs Millionen Zugkilometer, ein Investitionsvolumen von 260 Millionen Euro für die Strecken – unter anderem für deren Elektrifizierung – und Bahnhofsinfrastruktur und 190 Millionen Euro für 40 neue Fahrzeuge. Finanziert wurde das Projekt zu 60 Prozent durch den Bundeshaushalt im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), zu 35 Prozent von den drei beteiligten Bundesländern – Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen –, ebenso übernahmen sie die EBA-Gebühren sowie sieben Prozent der Planungskosten, fünf Prozent der Landesausgaben wurden dabei von den Kommunen geschultert, den Rest übernahm die Bahn.

In der 2. Stufe haben sich die Finanzierungsgrundlagen geändert:

Der Bund übernahm 60 Prozent, das Land 25 Prozent der Kosten; bei den nicht bezuschussungsfähigen Kosten wie Planungskosten belief sich der Kommunalanteil auf zirka 30 Prozent. Zu dieser 2. Stufe gehört auch der S-Bahn-Ausbau von Kaiserslautern bis Homburg.

Alles in allem haben sich auch diese Investitionen gelohnt. Mit einer stabilen Qualität von über 97 Prozent Pünktlichkeit, besten Zufriedenheitswerten und Fahrgaststeigerungen von mehr als 30 Prozent beweist die S-Bahn Rhein-Neckar eine hervorragende Serviceorientierung.

#### II. Der Landtag stellt weiterhin fest:

Auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der ländlichen Räume ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur weiter notwendig. Ein guter SPNV-Anschluss der Westpfalz an die Metropolregion Rhein-Neckar durch Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar über Homburg nach Zweibrücken ermöglicht nicht nur eine hohe Mobilität in der Region, sondern kommt auch den Berufspendlern sowie den großen Unternehmen im Raum Ludwigshafen zugute.

---

\*) Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktionen der FDP und CDU – Drucksache 15/5330 –.

Die Distanz auf der Schiene zwischen den Bahnhöfen Homburg/Saar und Zweibrücken beträgt 11,2 km. Die derzeit stillgelegte Strecke ist zu reaktivieren, zu elektrifizieren und in die Leit- und Sicherungstechnik der DB Netz einzubeziehen. Auch die Haltepunkte müssen neu errichtet werden. Schon mit der Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes hat das Land gemeinsam mit der Stadt Zweibrücken die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass vom Bahnhof Zweibrücken über den Rheinland-Pfalz-Takt auf der Schwarzbachtalbahn hinaus zusätzliche Züge fahren können.

III. Der Landtag stellt weiterhin fest:

In der Frage der Reaktivierung des Streckenabschnitts Homburg – Zweibrücken sind die Bundesländer Rheinland-Pfalz und das Saarland in der Verantwortung. Zum einen befinden sich 100 Prozent der stillgelegten Strecke im Saarland, andererseits liegt der größere Nutzen einer Reaktivierung der Strecke auf rheinland-pfälzischer Seite. Die saarländische Tourismusregion um Homburg-Schwarzenacker (Römermuseum Homburg-Schwarzenacker, archäologische Ausgrabungen, Kloster Wörschweiler) profitiert nachhaltig von einer umweltfreundlichen Schienenpersonennahverkehrsanbindung durch die Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar. Der Fernverkehrshalt Homburg wird ebenfalls gestärkt.

Rheinland-Pfalz hat nun gegenüber dem Saarland angeregt, zur Erlangung von Planungssicherheit eine Vorentwurfsplanung durchführen zu lassen. Auch hier hat Rheinland-Pfalz angeboten, dass Rheinland-Pfalz 50 Prozent dieser Kosten übernimmt. Das Saarland hat nun einer Durchführung dieser Vorentwurfsplanung zugestimmt, um auf dieser Grundlage eine Entscheidung zu treffen, ob und wie das Projekt realisiert und finanziert wird.

IV. Der Landtag stellt fest:

Unabhängig von der grundsätzlichen Beachtung des Territorialprinzips hat das Land Rheinland-Pfalz bereits angeboten, von denjenigen Investitionskosten, die das Saarland im Rahmen einer GVFG-Bundesfinanzierung für dieses Projekt tragen müsste, 50 Prozent zu übernehmen. Nach dem derzeitigen Kostenstand würde dieses eine rheinland-pfälzische Beteiligung in Höhe von rund 2,3 Millionen Euro bedeuten.

V. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. die S-Bahn-Schienenstrecke Homburg – Zweibrücken gemeinsam mit dem Saarland zu reaktivieren und den Menschen in der Westpfalz einen bürger-nahen Zugang zum SPNV in der Region zu ermöglichen. Die Reaktivierung der Strecke wertet auch den saarländischen Bahnhof Homburg auf, von wo aus Bürgerinnen und Bürger aus Zweibrücken dann weitere Anschlüsse an Fernverbindungen haben;
2. gegenüber der saarländischen Landesregierung darauf zu drängen, gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz beim Bund die Aufnahme in das Nahverkehrsprojekt NRN zu beantragen. Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar wird aufgefordert, den Ausbau der Bahnstrecke und den Betrieb der S-Bahn im Rahmen des Projekts der S-Bahn Rhein-Neckar vorzubereiten;
3. sich dafür einzusetzen, dass der zukünftige Betrieb der Strecke als Option in die in Kürze stattfindende Ausschreibung für die S-Bahn Rhein-Neckar aufgenommen wird;
4. gemeinsam mit den zuständigen Aufgabenträgern und Projektträgern alle notwendigen Schritte zur Wiederinbetriebnahme im Rahmen der S-Bahn Rhein-Neckar und zur Elektrifizierung einzuleiten.

Für die Fraktion der SPD:  
Barbara Schleicher-Rothmund

Für die Fraktion der CDU:  
Hans-Josef Bracht

Für die Fraktion der FDP:  
Günter Eymael